

10.03.2019, 17:52 Uhr



## Bundespräsident Steinmeier eröffnet "Woche der Brüderlichkeit"

**"Ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft": Mit deutlichen Worten gegen Antisemitismus hat Bundespräsident Steinmeier die "Woche der Brüderlichkeit" in Nürnberg eröffnet. Jeder Einzelne sei gefordert, sich für Freiheit und Toleranz einzusetzen.**



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat heute in Nürnberg die christlich-jüdische "Woche der Brüderlichkeit" eröffnet. Die bundesweite Aktionswoche steht in diesem Jahr unter dem Motto "gemeinsam gegen Judenfeindschaft".

### "Antisemitismus ist ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft"

Er sei beschämt, so Steinmeier, dass Antisemitismus gerade in Deutschland wieder "häufiger und offen seine Fratze zeigt". Auch 80 Jahre nach dem Holocaust sei Judenfeindlichkeit nicht überwunden, weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern. So sei die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent gestiegen.

"Deshalb wünsche ich mir, dass wir, auch heute hier aus Nürnberg, ein eindeutiges Signal senden: Antisemitismus ist immer ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft!" Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

### Neuer Antisemitismus auch durch Migranten

Zu antijüdischen Resentiments in der deutschen Gesellschaft komme ein neuer Antisemitismus, den einige Zuwanderer aus israelfeindlich geprägten Ländern mitbrächten, sagte Steinmeier. Flüchtlinge dürften nicht unter Generalverdacht gestellt werden, so der

Bundespräsident, aber er fordere, dass "diejenigen, die bei uns Schutz suchen und hier leben wollen, sich zu unseren demokratischen Werten und auch zu den Lehren bekennen, die wir aus unserer Geschichte des 20. Jahrhunderts gezogen haben".

"Unser Grundgesetz garantiert die individuellen Bürger- und Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit. Und es garantiert, dass niemand wegen seines Glaubens diskriminiert oder ausgegrenzt werden darf, egal, was er glaubt und ob er überhaupt glaubt, ob er ein Kreuz, ein Kopftuch oder eine Kippa trägt." Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

### Verantwort des Staats - und jedes Einzelnen

Ganz grundsätzlich gelte, sagte Steinmeier, dass je offener und unverhohlener Antisemitismus zutage trete, die demokratischen Werte ganz allgemein in Bedrängnis seien. Hier sei der Staat in der Pflicht, aber es sei auch die Verantwortung der Gesellschaft und jedes Einzelnen, sich für Freiheit und Toleranz einzusetzen, wie der Bundespräsident betonte.

Steinmeier gratulierte dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) zu seinem 70-jährigen Bestehen. Der Koordinierungsrat besteht aus über 80 Gesellschaften, die mehr als 2.000 Veranstaltungen für Religionsfreiheit und Toleranz pro Jahr durchführen.

Dessen Präsident, Rabbiner Andreas Nachama, ergänzte in seinem Grußwort das Motto "Gemeinsam gegen Judenfeindlichkeit" um die Worte "und für unsere im Grundgesetz verankerten Grundrechte". Aus der deutschen Geschichte bleibe die Erkenntnis, so Nachama, dass jeder Mensch in der Gesellschaft nur die Freiheit habe, die er anderen zubilligt. Eine Anti-Muslim-Stimmung sei genauso zu beurteilen wie Judenfeindschaft.

Ministerpräsident Söder: "Das dulden wir nicht!"

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) betonte in seiner Rede, mit Antisemitismus und Parteien, die ihn förderten bzw. kleinredeten, hart "ins politische Gericht" zu gehen.

"So etwas wollen wir nicht, das dulden wir nicht und da gehen wir hart dagegen vor." Ministerpräsident Markus Söder

### Buber-Rosenzweig-Medaille verliehen

Im Rahmen des Festaktes wurde die Buber-Rosenzweig-Medaille für Verdienste um den jüdisch-christlichen Dialog verliehen. Geehrt wurden in diesem Jahr mit der undotierten Auszeichnung die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Kiga) und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). In Ihrer Laudatio würdigte die Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales Sawzan Chebli Kiga dafür, dass sie "nicht mit erhobenem Zeigefinger, nicht durch Stigmatisierung, sondern über Empathie, Verständnis und Beteiligung" gegen Antisemitismus wirkt.

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus wurde 2003 gegründet. Sie ist nach Angaben des Deutschen Koordinierungsrates bundesweit einer der ersten zivilgesellschaftlichen Träger, die sich der Herausforderung gestellt haben, Konzepte für die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln. So werden beispielsweise Materialien für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit an Schulen bereitstellt, um bereits in der Schule die Schülerinnen und Schüler für das Thema zu sensibilisieren.

### NDC: 450.000 Schüler in 20 Jahren erreicht

Das Netzwerk für Demokratie und Courage feiert in diesem Jahr bereits sein 20-jähriges Bestehen. Es ist in zwölf Bundesländern sowie in Frankreich tätig. In dem Netzwerk engagieren sich junge Menschen für eine demokratische Kultur, Zivilcourage und gegen menschenverachtendes Denken. Seit seiner Gründung habe das NDC rund 4.200 Teamerinnen und Teamer ausgebildet, die in diesem

Zeitraum Hunderttausende Projektstage ehrenamtlich umgesetzt haben, so Sawsan Chebli. Dadurch konnten seit der Entstehung des Netzwerks mehr als 450.000 Schülerinnen und Schüler erreicht werden.